

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
1. Die Bilanz	
Die Bilanz der Europäischen Integration 2016	15
<i>Werner Weidenfeld</i>	
Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte	23
<i>Darius Ribbe / Wolfgang Wessels</i>	
Deutschlands Rolle bei der Bewältigung der europäischen Währungs- und Migrationskrisen	43
<i>Simon Bulmer / William Paterson</i>	
2. Die Institutionen der Europäischen Union	
Die institutionelle Architektur der Europäischen Union	57
<i>Wulf Reiners / Wolfgang Wessels</i>	
Europäisches Parlament	69
<i>Andreas Maurer</i>	
Europäischer Rat	81
<i>David Schäfer / Wolfgang Wessels</i>	
Rat der Europäischen Union	93
<i>Nicolai von Ondarza</i>	
Europäische Kommission	103
<i>Andreas Hofmann</i>	
Gerichtshof	111
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Europäische Zentralbank	121
<i>Martin Selmayr</i>	
Rechnungshof	139
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Ausschuss der Regionen	143
<i>Otto Schmuck</i>	
Wirtschafts- und Sozialausschuss	149
<i>Doris Dialer</i>	
Europäische Agenturen	153
<i>Michael Kaeding</i>	
3. Die politische Infrastruktur	
Europäische Parteien	159
<i>Jürgen Mittag</i>	
Kirchen und Religionsgemeinschaften	165
<i>Matthias Belafi</i>	

Kommunen in der Europäischen Union	171
<i>Ulrich von Aleman</i>	
Lobbyismus in der partizipativen Demokratie	173
<i>Bernd Hüttemann</i>	
Nationale Parlamente	177
<i>Alexander Hoppe</i>	
Die öffentliche Meinung	181
<i>Thomas Petersen</i>	
4. Die Innenpolitik der Europäischen Union	
Agrar- und Fischereipolitik	193
<i>Christian Lippert</i>	
Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik	199
<i>Peter-Christian Müller-Graff / René Repasi</i>	
Beschäftigungs- und Sozialpolitik	213
<i>Peter Becker</i>	
Bildungspolitik	219
<i>Knut Diekmann</i>	
Binnenmarkt	225
<i>Florian Baumann / Sebastian Schäffer</i>	
Digitale Agenda und Cybersicherheit	229
<i>Annegret Bendiek</i>	
Energiepolitik	241
<i>Severin Fischer</i>	
Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik	247
<i>Jürgen Turek</i>	
Gesundheits- und Verbraucherpolitik	251
<i>Sarah-Lena Böning / Remi Maier-Rigaud</i>	
Haushaltspolitik	255
<i>Peter Becker</i>	
Industriepolitik	259
<i>Jürgen Turek</i>	
Kulturpolitik	263
<i>Otto W. Singer</i>	
Menschenrechtspolitik	267
<i>Gabriel N. Toggenburg</i>	
Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit	275
<i>Christoph Gusy / Laura Schulte</i>	
Regionalpolitik	281
<i>Konrad Lammers</i>	
Sportpolitik	287
<i>Jürgen Mittag</i>	

Tourismuspolitik	291
<i>Anna-Lena Kirch</i>	
Umwelt- und Klimapolitik	293
<i>Gaby Umbach</i>	
Verkehrspolitik	301
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Währungspolitik	305
<i>Werner Becker / Barbara Böttcher</i>	
Weltraumpolitik	311
<i>Jürgen Turek</i>	
Wettbewerbspolitik	313
<i>Henning Klodt</i>	
Wirtschaftspolitik	317
<i>Roland Döhrn / Wim Kösters</i>	
5. Die Außenpolitik der Europäischen Union	
Außenwirtschaftsbeziehungen	325
<i>Wolfgang Weiß</i>	
Europäische Nachbarschaftspolitik	333
<i>Barbara Lippert</i>	
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	341
<i>Niklas Helwig / Isabelle Tannous</i>	
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	349
<i>Daniel Göler / Lukas Zech</i>	
Afrikapolitik	355
<i>Claudia Simons / Denis M. Tull</i>	
Asienpolitik	359
<i>Franco Algieri</i>	
Die Europäische Union und China	363
<i>Franco Algieri</i>	
Die EFTA-Staaten, der EWR, Island und die Schweiz	367
<i>Burkard Steppacher</i>	
Lateinamerikapolitik	373
<i>Birte Windheuser</i>	
Mittelmeerpoltik	377
<i>Tobias Schumacher</i>	
Nahostpolitik	381
<i>Michael L. Bauer / Simon Hartmann</i>	
Die Europäische Union und die Länder der Östlichen Partnerschaft	385
<i>Katrin Böttger</i>	
Die Europäische Union und Russland	391
<i>Katrin Böttger</i>	

Südosteuropapolitik	395
<i>Franz-Lothar Altmann</i>	
Die Europäische Union und die USA	399
<i>Gerlinde Groitl</i>	
Die Europäische Union und Zentralasien	405
<i>Katrin Böttger</i>	
6. Die Erweiterung der Europäischen Union	
Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union	411
<i>Barbara Lippert</i>	
Albanien	421
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Bosnien und Herzegowina	423
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Kosovo	425
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Mazedonien	427
<i>Oliver Schwarz</i>	
Montenegro	429
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Serbien	431
<i>Sabine Willenberg</i>	
Türkei	433
<i>Funda Tekin</i>	
7. Die Europäische Union und andere Organisationen	
Die Europäische Union und der Europarat	441
<i>Klaus Brummer</i>	
Die Europäische Union und die NATO	447
<i>Hans-Georg Ehrhart</i>	
Die Europäische Union und die OSZE	455
<i>Wolfgang Zellner</i>	
Die Europäische Union und die Vereinten Nationen	461
<i>Günther Unser</i>	
8. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union	
Belgien	471
<i>Christian Franck</i>	
Bulgarien	475
<i>Johanna Deimel</i>	
Bundesrepublik Deutschland	479
<i>Michael Garthe</i>	
Dänemark	489
<i>Tobias Etzold / Christian Opitz</i>	

Estland	493
<i>Andres Kasekamp</i>	
Finnland	495
<i>Tuomas Iso-Markku</i>	
Frankreich	499
<i>Joachim Schild</i>	
Griechenland	507
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Irland	515
<i>Mary C. Murphy</i>	
Italien	519
<i>Alexander Grasse / Jan Labitzke</i>	
Kroatien	529
<i>Višnja Samardžija</i>	
Lettland	531
<i>Detlef Henning</i>	
Litauen	533
<i>Tobias Etzold</i>	
Luxemburg	535
<i>Jean-Marie Majerus</i>	
Malta	539
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Die Niederlande	541
<i>Mirte van den Berge</i>	
Österreich	547
<i>Katrin Auel / Johannes Pollak</i>	
Polen	553
<i>Ryszarda Formuszewicz</i>	
Portugal	559
<i>Bruno Oliveira Martins</i>	
Rumänien	561
<i>Alexandru Damian</i>	
Schweden	565
<i>Tobias Etzold / Christian Opitz</i>	
Slowakei	569
<i>Marta Kralikova</i>	
Slowenien	573
<i>Marko Lovec</i>	
Spanien	577
<i>Ignacio Molina / Susanne Gratius</i>	
Tschechische Republik	583
<i>Volker Weichsel</i>	

Ungarn	587
<i>Heiko Fürst</i>	
Vereinigtes Königreich	591
<i>Birgit Bujard</i>	
Zypern	601
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
9. Anhang	
Abkürzungen	605
Die Autoren	606

Vorwort

Europa hat den Krisenmodus nicht verlassen, er hat sich im Jahr 2016 sogar verschärft. Die Migrationsproblematik stellte die zwischenstaatlichen Beziehungen und die Akzeptanz der Union weiterhin vor eine harte Belastungsprobe. Zum einen wird den Mitgliedstaaten ein fehlendes Gemeinschaftsgefühl und ein hohes Konfliktpotential attestiert, die die derzeitige Anpassungspolitik der Union gerade in der Flüchtlingspolitik hemmen. Zum anderen wird insbesondere in den Beiträgen zu den Mitgliedstaaten deutlich, dass Europas multiplen Problemlagen wie Katalysatoren einer tiefgreifenden Vertrauenskrise in den europäischen Bevölkerungen wirken. Wesentliche Treiber sind auch die nachhaltige Instabilität in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie die immer noch ungelöste Griechenlandfrage. Diese Entwicklungen haben aber auch dazu beigetragen, dass Deutschland zum unverzichtbaren Akteur in der Europäischen Union wurde, wie Simon Bulmer und William Paterson im diesjährigen Gastbeitrag *Deutschlands Rolle bei der Bewältigung der europäischen Währungs- und Migrationskrisen* darlegen.

Einen EU-weiten Schock sowie erhebliche politische und wirtschaftliche Unsicherheiten löste das Votum einer knappen Mehrheit der Britinnen und Briten vom 23. Juni 2016 für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union aus. Schließlich wäre der EU-Austritt Großbritanniens ein Präzedenzfall in der Geschichte der europäischen Integration, der nur zu deutlich vergegenwärtigt, welche Folgen durch Populismus angeheizte antieuropäische Stimmungen haben können.

Aber allein der Blick auf Europas Krisenmodus greift zu kurz und verkennt die historischen Errungenschaften der europäischen Integration und ihre Vorzüge für die Unionsbürgerinnen und -bürger – geht es dabei um den EU-weiten Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Reise- und Wohnsitzfreiheit oder um gemeinsame Umweltstandards. Im diesjährigen Jahrbuch wird abermals deutlich, dass in vielen Bereichen gerade das Stück an „Nicht-Europa“ Probleme mitverursacht hat und das europäische Krisenmanagement erschwert. Schließlich wird in den Beiträgen konsequent die Notwendigkeit europäischer Antworten auf die zentralen internen und externen Herausforderungen unterstrichen, aber auch grundsätzlichere Debatten gefordert, in denen der Krisenkontext auch als Chance für die weitere Ausgestaltung und den zukünftigen Kurs des europäischen Integrationsprozesses genutzt werden soll.

Unter den *Institutionen der Europäischen Union* werden neben der Europäischen Kommission auch die Europäische Zentralbank und der Gerichtshof der Europäischen Union meist unreflektiert als „Sündenböcke“ in europaskeptischen und populistischen Diskursen, aber auch im mitgliedstaatlichen Politikbetrieb für unpopuläre, aber notwendige Politikmaßnahmen herangezogen. Der Europäische Rat trat indes als Schlüsselorgan in den politisch umstrittensten Verhandlungen hervor. Die europäische Flüchtlingspolitik, der EU-Türkei-Deal und die Verhandlungen mit Großbritannien vor und nach dem Brexit-Votum wurden schließlich zur Chefsache.

Im Kapitel zur *politischen Infrastruktur* dreht sich angesichts einer Zunahme der Regungsdichte auf EU-Ebene die Betrachtung immer mehr um Fragen der demokratischen Legitimation wie auch um Möglichkeiten zur politischen Partizipation nationaler Akteure

in der Europäischen Union. Ein besonderer Fokus liegt im Beitrag zum europapolitischen Meinungsklima auf der nationalen Bedeutung des Brexit für die britische Bevölkerung sowie auf den Reaktionen in anderen EU-Staaten auf das britische Referendumsergebnis.

Besonders in den Beiträgen zur *Innen- und Außenpolitik der Europäischen Union* zeichnet sich ein sicherheits- und gesellschaftspolitischer Nachhall infolge der Migrationsbewegungen und der terroristischen Bedrohungen durch den Islamischen Staat nach Europa ab. Die Konsequenzen eines Brexit sowie die anhaltenden sozioökonomischen Auswirkungen der Währungs- und Schuldenkrise werden von den Beiträgen beständig aufgegriffen. Noch mehr als im Zusammenhang mit der Krise der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde die Europäische Kommission von der Öffentlichkeit für die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) kritisiert. Eine umfassende Auseinandersetzung findet zudem zur Globalen Strategie der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik der Union statt.

Zum Kosovo erscheint erstmals ein eigener Länderbeitrag im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union*. Befürchtungen um eine nachhaltige „Erweiterungsmüdigkeit“ der Europäischen Union wurden durch den drohenden Brexit weiter verstärkt. Umstritten bleibt die Beitrittsfrage zur Türkei, die sich zwar als ein besonderer strategischer Partner in der Flüchtlingspolitik auszeichnete, es kam jedoch aufgrund innenpolitisch bedenklicher Entwicklungen im Lande immer wieder zu Zerwürfnissen mit EU-Staaten.

Das Kapitel zur *Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen zur NATO. Die jüngsten sicherheitspolitischen Entwicklungen und die Ukraine Krise haben die Frage nach der Rolle von Europäischer Union, der OSZE und NATO umso dringlicher gemacht.

Die Zunahme europaskeptischer und populistischer Stimmen auf nationaler Ebene ist auch dieses Jahr wieder ein zentrales Thema in den Beiträgen zur *Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union*. Darüber hinaus wird der Verlust eines wichtigen Partners vieler Mitgliedstaaten durch den drohenden EU-Austritt des Vereinigten Königreichs thematisiert. Uneinheitliche Positionierungen werden vor allem bezüglich der wachsenden Spannungen zwischen der Europäischen Union und Russland offenbar.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 36. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 unter www.Wissen-Europa.de hinzuweisen, wo einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung stehen. Mit dieser Ausgabe wird der Bestand um den Zeitraum von Mitte 2015 bis Mitte 2016 erweitert. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München (C.A.P.) und des Centre for Turkey and European Union Studies (CETEUS) der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Julia Klein danken wir für ihre großartige Redaktion, ohne die die Realisierung dieses Projekts nicht möglich wäre.